



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 12.01.2026

Antrag zur dringlichen Behandlung in der Vollversammlung am 4. Februar 2026

Politische Kontrolle und Transparenz bei der Münchener Wohnen wiederherstellen!

Die Geschäftsführung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Münchener Wohnen wird aufgefordert, in der nächsten Vollversammlung des Stadtrats über die Ausschreibung von Beratungsleistungen zu berichten und Fragen zu beantworten. Dabei soll auf folgenden Punkte eingegangen werden:

1. Anlass, Zielsetzung und strategische Bedeutung der europaweiten Ausschreibung für externe „allgemeine Managementberatung – Public Relations und veränderungsbegleitende Kommunikation“.
2. Zeitpunkt und Umfang der Information des Aufsichtsrats sowie des Oberbürgermeisters
3. Gründe dafür, warum der Aufsichtsrat laut Süddeutscher Zeitung nicht über die Ausschreibung informiert war¹
4. Geplante Laufzeit, maximaler Kostenrahmen, erwartete tatsächliche Kosten sowie die Kriterien für eine Beauftragung
5. Abgrenzung der externen Beratungsleistungen zu bestehenden internen Kommunikationsstrukturen, Zuständigkeiten und Stellen
6. Welche strukturellen Maßnahmen vorgesehen sind, um künftig Krisen, Konflikte und Kommunikationsdefizite frühzeitig zu vermeiden

Der Oberbürgermeister soll darüber hinaus darlegen, welche Konsequenzen er aus der Nicht-Einbindung bei der Entscheidung zieht.

Begründung:

Die Münchener Wohnen trägt mit 71 000 Wohnungen und rund 150 000 Mieter:innen eine besondere Verantwortung gegenüber der Stadtgesellschaft.² Seit der Fusion der GWG und GEWOFAG aus der die Münchener Wohnen hervorgegangen ist, ist sie jedoch wiederholt durch gravierende Probleme aufgefallen. Dazu zählen verfehlte Neubauziele, Baustellenstillstände, fehlerhafte Heizkostenabrechnungen und eine

¹ www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-wohnungsgesellschaft-beratung-dieter-reiter-christian-mueller-li.3357265?reduced=true

² <https://www.muenchner-wohnen.de/>

hohe Fluktuation bei den Geschäftsführerposten. Diese Vorgänge haben das Vertrauen in die städtische Wohnungsgesellschaft nachhaltig beschädigt.

Statt Krisen, Konflikte und Skandale zu vermeiden, sollen nun 2 Millionen Euro in externe Beratung zur Begleitung von Krisenkommunikation investiert werden. Besser wäre es, wenn klare Führungsverantwortung übernommen würde, interne Abläufe optimiert würden und die Kommunikation mit den Mieter:innen verlässlich und frühzeitig vonstattenginge.

Doch schon wieder lässt die Geschäftsführung keinen Skandal aus: Die Ausschreibung der Beratungsleistungen war wohl weder mit dem Oberbürgermeister noch mit dem Aufsichtsrat abgesprochen. Möchte sich der Oberbürgermeister das wirklich gefallen lassen? Wenn strategisch relevante Entscheidungen dieser Größenordnung ohne transparente Information und Beteiligung der zuständigen politischen Gremien erfolgen, ist die demokratische Kontrolle einer städtischen Gesellschaft nicht ausreichend gewährleistet.

Daher sollen sowohl der Geschäftsführer der Münchner Wohnen als auch der Oberbürgermeister bei der nächsten Vollversammlung Rede und Antwort stehen.

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender